

**DER LEUNA/MINOL-DEAL:
RAFFINIERTES GESCHÄFT ODER INDUSTRIEPOLITISCHES LEHRSTÜCK?**

Hans-Hermann Hertle

1. Einleitung

Seit einiger Zeit beschäftigt sich ein Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages mit der Privatisierung bzw. dem Neubau der Erdölraffinerie in Leuna und der damit verbundenen Veräußerung des Minol-Tankstellennetzes; ein Deal, den die Treuhandanstalt im Juli 1992 mit dem damals in Staatseigentum befindlichen französischen Mineralölkonzern Elf Aquitaine und der Thyssen Handelsunion abschloß.¹ Auftrag des Untersuchungsausschusses ist es zu klären, inwieweit bei diesem – und anderen – Geschäften finanzielle Zuwendungen an Personen oder Institutionen flossen, die dazu geeignet waren, politische Entscheidungsprozesse der konservativ-liberalen Bundesregierung und/oder nachgeordneter Behörden zu beeinflussen bzw. die tatsächlich politische Entscheidungsprozesse beeinflußt haben.

Der Hintergrund: Im Zuge von Ermittlungen der Pariser Staatsanwaltschaft gegen den französischen Mineralölkonzern werden seit 1997 Gerüchte kolportiert, Elf habe der CDU in Verbindung mit dem Raffinerievertrag einen zweistelligen Millionen-Betrag zukommen lassen² – eine Verdächtigung, die die CDU damals umgehend zurückwies, die in Verbindung mit der CDU-Spendenaffäre im Dezember 1999 dann erneut aufgewärmt wurde³, für die aber nach wie vor Beweise fehlen. Als gesicherte Erkenntnis kann dagegen gelten, daß im Dezember 1992, nachdem das Bonner Finanzministerium dem Vertrag mit Elf und Thyssen und das Bundeskartellamt der Minol-Lösung zugestimmt hatten, als „Provision“, „Kommission“ oder auch „Fazilität“ bezeichnete Zahlungen des Elf-Konzerns in Höhe von 256 Mio. Francs an Tarnfirmen in der Schweiz überwiesen wurden; Thyssen soll seinen Anteil daran in Höhe von 38 Mio. DM als Studienkosten („study expenses“) ausgewiesen haben.⁴ Ob es sich bei diesen Geldtransfers um Schmiergelder für politische Entscheidungsträger gehandelt hat oder ob sich Privatpersonen bereichert haben, ist bis heute ungeklärt; die letztendlichen Empfänger konnten bislang nicht ermittelt werden. Hubert Le

1 Der vorliegende Beitrag entstand im Rahmen des von der DFG geförderten Forschungsprojektes „Restrukturierung der industriellen Beziehungen in der chemischen Industrie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR“. Mein besonderer Dank gilt Dr. Franz-Otto Gilles, mit dem ich das Projekt in den vergangenen Jahren gemeinsam durchführte.

2 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.5.1997.

3 Vgl. Tagesspiegel, 24./25.12.1999.

4 Vgl. Focus Nr. 24, 8.6.1998; Der Spiegel Nr. 44, 26.10.1998; Die Zeit Nr. 52, 22.12.1999; Frankfurter Rundschau, 27.12.1999.

Blanc Bellevaux, ein Berater des seinerzeitigen Elf-Chefs Loik Le Floch-Prigent, der gegenüber der Treuhandanstalt (THA) als Hauptverhandlungsführer von Elf in Erscheinung trat, wurde in der Presse mit der Äußerung zitiert, man habe in Deutschland Gelder gebraucht, um „verklemmte Riegel“ zu schmieren, oder, so ein anderes Zitat, „ein paar schwergängige politische Zahnräder“ zu ölen. „Bockbeinige Gewerkschafter, Manager und Stasi-Seilschaften“ seien in den Genuß von Zahlungen gekommen.⁵ Eine andere, bisher ebenfalls unbewiesene Version besagt, daß auch zwei frühere, Bundeskanzler Helmut Kohl nahestehende Staatssekretäre im Dezember 1992 mit 256.215 bzw. 360.151 Schweizer Franken bedacht worden seien.⁶ Fakt ist weiterhin, daß die CDU-Ex-Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, Agnes Hürland-Büning, von Thyssen Honorare in Millionenhöhe für Beratungsverträge erhielt, die aufgrund umstrittener, zumindest fragwürdiger Gegenleistungen den Verdacht erweckten, die Zahlungen könnten an Kick-back-Konditionen gebunden gewesen sein.

Nach der Umwandlung des Unterausschusses Treuhandanstalt des Haushaltsausschusses in den Vollausschuß Treuhandanstalt im April 1993 sowie dem Untersuchungsausschuß „DDR-Vermögen“ in der vergangenen Wahlperiode ist der jetzige bereits der dritte Untersuchungsausschuß des Bundestages, der sich bemüht, die verborgenen Seiten des Leuna-Deals aufzudecken.

Demgegenüber hat sich die Transformationsforschung, der als größter sozialwissenschaftlicher Wachstumsbranche der neunziger Jahre von Kritikern eine regelrechte „Transitionsobsession“ (von Beyme) und „Transformationsgeschwätzigkeit“ (Heine von Alemann) nachgesagt wurde, mit der Privatisierung der Großchemie in Sachsen-Anhalt, in deren Mittelpunkt die Leuna-Raffinerie stand, kaum beschäftigt.

Die bisher wenig erforschte Ausgangssituation, der Verlauf und die Ergebnisse der Restrukturierung des ehemals größten Chemiekombinats der DDR im Kontext insbesondere der Neuordnung der Großchemie in Sachsen-Anhalt stehen im Zentrum der folgenden Betrachtungen. Der Fall ist deshalb besonders interessant, weil die THA in der Großchemie Sachsen-Anhalts – im Unterschied zu anderen Unternehmen und Branchen – entgegen ihrem eigenen Selbstverständnis und lange vor der Umstellung ihrer Politik auf den „Erhalt industrieller Kerne“ frühzeitig den Weg einer industriepolitisch begründeten, ganzheitlichen Restrukturierung, einer „koordinierten, gesteuerten Transformation“ (Schmidt-Tophoff) einschlug. Die Restrukturierung der Leuna-Werke eignet sich somit vorzüglich für eine kleine Fallstudie über die Möglichkeiten und Grenzen von Industriepolitik – und ihre Begleiterscheinungen.

II. Zur Ausgangssituation: Der Zusammenbruch der ostdeutschen Chemieindustrie

Im Herbst 1989 befand sich die DDR-Wirtschaft insgesamt – auch nach der Einsicht der für sie Verantwortlichen – auf dem Weg in den Bankrott. Wie andere Branchen spiegelte die chemische Industrie – mit einem Anteil von knapp zwanzig Prozent an der industriellen Warenproduktion einer der wichtigsten Industriezweige der DDR – diesen desolaten Zustand auf vielfältige Weise wider:

- Über 25 Prozent aller Gebäude und Anlagen der chemischen Industrie wurden vor 1945 errichtet. Annähernd 50 Prozent der Grundmittel und weit mehr als die Hälfte der Ausrüstungen waren 1989 überaltert und verschlissen.⁷
- Die Konzentration der Produktion auf organische Grundstoffe und der weitgehende Verzicht auf Hochveredelungschemie war eine wichtige Ursache für die geringe Effizienz der Branche insgesamt.
- Der Einsatz veralteter, störanfälliger Produktionsanlagen mit erhöhter Gesundheitsgefährdung und hohen Schadstoffemissionen, die unsachgemäße Ablagerung von Altlasten, eine verstärkte Verwendung von ballastreicher Braunkohle als Grundstoff für die Chemieproduktion und die Energieerzeugung – mit den bekannten Folgen der Boden- und Luftbelastung, Grundwasserabsenkung und Landschaftszerstörung, aber auch des erhöhten Verschleißes bei den Kraftwerken – begründeten den Anteil der chemischen Industrie an der katastrophalen Umweltsituation in der DDR.
- Schon Anfang 1990, noch vor dem Wirksamwerden der Weltmarktzwänge, erzwang die Arbeitsumwelt- und Umweltsituation Produktionseinschränkungen von 12,6 Prozent.⁸ Im Verlauf des Jahres 1990 wurden aus ökonomischen, ökologischen und technologischen Gründen über 100 Betriebe und Anlagenkomplexe stillgelegt.
- Mit der Währungsumstellung geriet die Branche dann zusätzlich in den Strudel der allgemeinen Industriekrise. Nach der DM-Bewertung der Umsätze lag die Produktivität im Durchschnitt bei 35 bis 40 Prozent der westdeutschen Chemieindustrie. Lohnerhöhungen von 35 Prozent bewirkten eine Kostenexplosion. Unter dem Druck westlicher Anbieter brachen zunächst der Inlandmarkt und der Export in westliche Staaten weitgehend zusammen. Die Produktion sackte Ende 1990 auf knapp 50 Prozent der Vorjahres-Produktion ab. Mit dem Übergang auf konvertible Währungen seit Anfang 1991 erfolgte

⁵ Siche: Der Spiegel Nr. 44, 26.10.1998; Frankfurter Rundschau, 27.12.1999.

⁶ Vgl. Frankfurter Rundschau, 27.12.1999.

⁷ Vgl. hierzu Rainer Lüdigg, Zu einigen Problemen der Strukturentwicklung in der chemischen Industrie. in: Forschungsreihe des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung Nr. 11, Berlin 1990.

⁸ Vgl. Ifo-Dienst 16-17/1991, S. 40.

auch im RGW-Handel trotz politischer Sonderkonditionen ein weiterer drastischer Einbruch.

- Alle mit der Chemieproduktion verbundenen Probleme potenzierten sich an ihren Hauptstandorten im Raum Merseburg-Halle-Bitterfeld. In dieser größten Chemieregion der DDR wurden 1989 knapp 50 Prozent der gesamten Bruttoproduktion der chemischen Industrie von rund 82.000 Arbeitskräften erwirtschaftet, was wiederum der Hälfte der Industriebeschäftigten der Region entsprach.

III. Das Restrukturierungskonzept der Treuhandanstalt

Der „Vorrang der Privatisierung vor der Sanierung“, den sich die Treuhandanstalt im Oktober 1990 als Leitlinie ihrer Geschäftspolitik zugrunde gelegt hatte⁹, ließ sich an keinem der vier Chemie-Standorte verwirklichen: Es gab keinen einzigen Interessenten für den kompletten Erwerb auch nur eines der ehemaligen Chemiekombinate. Die finanzkräftigen westdeutschen Chemieunternehmen setzten auf Bedarfsdeckung des ostdeutschen Marktes mit den bereits vorhandenen Kapazitäten; hinzu kam bei ihnen die Furcht, sich bei einer Beteiligung an den ehemaligen Kombinatenv Umweltprobleme und Altlasten unabsehbaren Ausmaßes einzuhandeln.

Die Treuhandanstalt steckte in einem Dilemma: Teilverkäufe oder Gesamtstillegungen der ehemaligen Chemiekombinate als Alternative zur Gesamtprivatisierung schienen sich sowohl wegen des stoffwirtschaftlichen Verbundsystems als auch wegen der für die Hauptstandort-Region Sachsen-Anhalt sozial unbeherrschbaren Folgen von Massenentlassungen und nicht zuletzt aus sicherheitstechnischen und ökologischen Gründen zu verbieten.

Überfordert, selbst eine Lösung zu erarbeiten, erteilten die Treuhänder den Beratungsunternehmen McKinsey und Arthur D. Little im Dezember 1990 den Auftrag, konkrete Unternehmenskonzepte für die vier Standorte Leuna, Schkopau, Bitterfeld und Wolfen zu erarbeiten. Die Berater erhielten die politische Vorgabe, „ein Optimum an Arbeitsplätzen unter wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen zu erhalten.“¹⁰ Ziel des Projekts sollte sein, „Wege zur ganzheitlichen Restrukturierung der Chemieindustrie in Sachsen-Anhalt aufzuzeigen“¹¹.

Der politische Charakter dieses Vorhabens wurde durch die Einrichtung eines projektbegleitenden „Chemielenkungsausschusses“ unterstrichen, in dem neben dem Vorstand und dem Chemie-Direktorat der THA Vertreter der Wirtschaftsministerien des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt, der IG Chemie, des

Bundesfinanz- und des Bundesumweltministeriums sowie die Vorstandsvorsitzenden der betroffenen Unternehmen und die Beraterfirmen repräsentiert waren, und in dem im ersten Halbjahr 1991 die Zwischen- und Endergebnisse diskutiert wurden.¹²

Noch während die Beraterfirmen die Leuna-Werke und deren Geschäftsbücher inspizierten, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens immer weiter. Die Arbeitsproduktivität der Raffinerie lag im Vergleich zu westeuropäischen Anlagen bei lediglich 25 bis 30 Prozent. Zu den enormen Verlusten des Raffineriegeschäfts traten starke – auch konjunkturbedingte – Umsatzeinbrüche im Kunststoffbereich hinzu. Und trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, neue Märkte zu erschließen. Leuna „erwirtschaftete“ 1,5 Millionen DM Verlust am Tag.

Gleichzeitig griff mit der ersten Kündigungswelle im März 1991 im Werk die Angst um den Arbeitsplatz um sich. Treuhand-Kritik an der Höhe der von den Betriebsparteien vereinbarten Sozialpläne und Indiskretionen aus der Arbeit des Chemielenkungsausschusses und des Verwaltungsrates der THA über die zu erreichende Personal-Zielgröße verunsicherten Belegschaft und Betriebsrat zusätzlich. Statt von 14.000 war plötzlich von nur noch 6.000 bis 7.000 Beschäftigten am Jahresende 1993 die Rede.¹³ Die Unruhe unter den Beschäftigten wuchs – Protest-Demonstrationen fanden statt.

Die Unternehmenskonzepte der Beraterfirmen McKinsey und Arthur D. Little für die Großchemie, die die Treuhandanstalt auf einer Pressekonferenz am 4. Juli 1991 als Ergebnis der Tätigkeit des „Chemielenkungsausschusses“ vorstellte, blieben an Eindeutigkeit nichts schuldig.¹⁴ Aus betriebswirtschaftlicher Sicht wurde allen vier untersuchten Unternehmen mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und Konkursreife bescheinigt. Eine Perspektive zur Erhaltung der Industriestandorte in Leuna, Buna, Bitterfeld und Wolfen sei nur unter Zugrundelegung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte („Opportunitätskosten“¹⁵) zu entwickeln. In einem gewagten Rechenmodell wurden die Stillegungskosten mit 13,8 Mrd. DM um 3,4 Mrd. DM höher angesetzt als die Kosten für die Fortführung der vier

12 Über die Beratungen und Diskussionen im Chemielenkungsausschuß wurde Stillschweigen gewahrt; Protokolle und Vorlagen der Sitzungen, die am 24. Januar, 19. März, 8. Mai und 4. Juli 1991 stattfanden, wurden geheim gehalten.

13 In diesem Sinne äußerte sich THA-Vorstandsmitglied W. Klinz. Vgl. Leuna-Echo Nr. 19, 24.5.1991, S. 1.

14 Vgl. THA u.a., Unternehmenskonzepte, 1991. Vgl. dazu auch Peter Christ/Ralf Neubauer, Kolonie im eigenen Land, Berlin 1991, S. 157 ff.; Johannes Schmidt-Tophoff, Projektmanagement zur Privatisierung der ostdeutschen Großchemie, Wiesbaden 1997, S. 139 ff. – Der Öffentlichkeit wurden nur die Schlußfolgerungen des Papiers präsentiert, der Abschlußbericht selbst sollte geheim bleiben. In Journalistenkreisen kursierten jedoch bald Kopien.

15 Unter „Opportunitätskosten“ wurden die Kosten für die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes verstanden, die je nach Branche auf 100.000,- DM bis 400.000 DM taxiert wurden.

9 Vgl. THA, Grundsätze, Berlin 1991.

10 Vgl. Treuhandanstalt/Arthur D. Little/McKinsey & Co., Unternehmenskonzepte für die Großchemie (Leuna, Buna, Bitterfeld, Wolfen). Abschlußbericht, Berlin 1991.

11 Ebd., S. 8.

Großunternehmen – und damit das Kriterium der wirtschaftlichen Vertretbarkeit erfüllt.

Unter drei Voraussetzungen, die jede für sich in Frage stand, sollte diese Rechnung aufgehen: daß nämlich erstens die prognostizierten Umsatzziele erreicht, zweitens die vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens realisiert und drittens eine schnelle Privatisierung gelingen würde.

Ohne Berücksichtigung der auf 3,8 Mrd. DM veranschlagten Altschulden und der mit 1,2 Mrd. DM sehr niedrig angesetzten Altlasten wurde der bis 1995 für die THA entstehende Nettomittelbedarf für alle vier Unternehmen auf fünf bis sechs Milliarden DM geschätzt. Die gesamte auf die Treuhandanstalt zukommende Belastung – so die vorsorgliche Rückversicherung – werde sich allerdings erst bei der Privatisierung überschauen lassen.¹⁶

Auch für die Leuna-Werke AG wurde die für die Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit und damit für eine Privatisierung notwendige Anschubfinanzierung um 1,4 bis 1,5 Mrd. DM niedriger angesetzt als die Stilllegungskosten – die Fortführung rechnerisch somit auch hier als günstiger herausgestellt.

Die Überlebensfähigkeit des gesamten Standortes Leuna, so hieß es, hänge von der Wettbewerbsfähigkeit der Raffinerie und dem Raffineriegeschäft als größtem Umsatzträger und zugleich Lieferanten kostengünstiger Vor- und Zwischenprodukte für die Chemieproduktion ab.¹⁷ Die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Raffinerie erfordere hohe Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen, den Ausbau ihrer Kapazität und den Neubau eines Crackers; der noch in Betrieb befindliche Cracker sei stillzulegen.

Den bereits bestehenden Überkapazitäten im Raffineriegeschäft war wohl die Überlegung geschuldet, Interessenten den Kauf der Raffinerie durch die Einbeziehung des Tankstellennetzes der Minol AG, also eines sicheren Absatzmarktes in Ostdeutschland, schmackhaft zu machen. Als weitere Bausteine des Sanierungskonzeptes wurden die „Straffung der Chemieproduktion, die Redimensionierung von Zentralbereichen und die Sicherung von Energie und Entsorgung“ angeführt. Um Raffineriegeschäft wie Chemieproduktion effizient führen zu können, sollte eine „weitgehende Trennung des Raffineriegeschäftes vom Chemiegeschäft (...) angestrebt“ und die Chemieproduktion nach der Modernisierung der Raffinerie „ggf. auch separat“ privatisiert werden.¹⁸

16 Treuhandanstalt-Pressemitteilung, 4.7.1991.

17 Vgl. zum folgenden: THA u.a., Unternehmenskonzepte, S. 18 ff.

18 *Ibid.*, S. 19.

IV. Neubau statt Privatisierung: Metamorphosen des Restrukturierungsprozesses

Die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Leuna-Raffinerie wurde somit als Kernstück des Restrukturierungskonzeptes der THA für das gesamte Chemiedreieck in Sachsen-Anhalt betrachtet. Dabei wurde zunächst an einen Ausbau der alten Raffinerie, nicht an einen wesentlich kostspieligeren Neubau gedacht. Um den Chemieverbund in der Region zu erhalten und nicht in die Rolle einer „verlängerten Werkbank“ mit geringer Wertschöpfung abgleiten zu lassen, sah es die THA als ihre vordringliche Aufgabe, die Verarbeitung von Erdöl als Grundstoff und Basis weiterer chemischer Produktionslinien am Ort zu sichern.

Zugleich war unverkennbar, daß sich die Treuhandanstalt keinesfalls darauf einlassen wollte, die enormen Investitionskosten in dieser kapitalintensivsten aller produzierenden Branchen und das volle unternehmerische Risiko für dieses Projekt zu übernehmen. Dies geschah keineswegs nur als Ausdruck eines ordnungspolitischen Dogmatismus, sondern war der schlichten Einsicht in die haushaltspolitischen Möglichkeiten und Grenzen des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt geschuldet.

Deshalb strebte die Treuhandanstalt zügig konkrete Verkaufsverhandlungen an. Noch im Sommer 1991 beauftragte sie die Investmentbank Goldman & Sachs mit der weltweiten Ausschreibung der Leuna-Werke AG. Drei Interessentengruppen unterbreiteten bis zum Jahresende 1991 Kaufangebote: ein Konsortium von Thyssen Handelsunion, Elf Aquitaine und der Deutschen SB-Kauf AG (TED-Konsortium)¹⁹, ein von der Deutschen BP geführtes Konsortium (BP, AGIP, ÖMV, Statoil, Total) und eine von der kuwaitischen Mannai Corporation geführte Gruppe (Mannai, Kuwait Petroleum, Hauslage & Co., Connoco Inc., Metallgesellschaft).

Während die Einzelgespräche mit den Interessentengruppen zur Jahreswende 1991/92 noch liefen, nahm in der Region die Unruhe über die möglichen Folgen einer „Filetierung“ der Leuna-Werke AG zu. Vorstand und Aufsichtsrat der Leuna-Werke AG fühlten sich von der THA überrumpelt, warnten vor einer „übereilten Entscheidung zugunsten einer reinen Raffinerielösung“ und forderten eine Beteiligung an den Verhandlungen.²⁰ Arbeitnehmervertreter zeigten sich über die Zukunft des Chemieteils des Unternehmens – auf den rund 90 Prozent der Arbeitsplätze in Leuna entfielen – nach einer separaten Privatisierung der Raffinerie und der Minol AG äußerst besorgt und kündigten einen „heißen Januar“ an.²¹ Selbst in der CDU lösten die Teilprivatisierungs-Bestrebungen der

19 Das Interesse von Thyssen galt den Ingenieur- und Bauarbeiten, das der Deutschen SB-Kauf dem „Nichtbenzingeschäft“ in den Tankstellenshops.

20 Siehe die „Erklärung des Aufsichtsrates der Leuna-Werke AG“, in: Leuna-Echo Nr. 48, 13.12.1991, S. 1. - Vgl. auch Breuel 1993, S. 98.

21 Vgl. Der Tagesspiegel, 20.12.1991. - Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 19.12.1991 in Leuna, an der auch die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und SPD

Treuhandanstalt Diskussionen über die Wahrung der Einheit der Leuna-Werke AG unter dem Dach einer Staatsholding aus.²²

Am 14. Januar 1992 paraphierte der Vorstand der Treuhandanstalt mit dem TED-Konsortium einen sogenannten „verbindlichen Grundsatzvertrag“ („Principles of Agreement“); am 27. Januar stimmte das Präsidium des THA-Verwaltungsrates der Unterzeichnung zu. Bis Ende Juni, so hieß es, werde auf der Basis des Grundsatzvertrages ein „endgültiger“ Kaufvertrag ausgehandelt.

Dem „Grundsatzvertrag“ zufolge, der somit einem Vorvertrag entsprach, erwarb das TED-Konsortium die Minol AG, die Leuna-Raffinerie und die Raffinerie in Zeitz. Es versprach, für eine Investitionssumme von mehr als 3,3 Mrd. DM eine völlig neue Raffinerie in Leuna zu errichten. Für die Rohölversorgung wurde der Bau einer Pipeline – mit der Präferenz für eine Rostock-Trasse – ins Auge gefaßt. Das TED-Konsortium versprach darüber hinaus, mit der THA über den Kauf der Addinol Mineralöl GmbH Lützkendorf und der Paraffinwerke Webau GmbH zu verhandeln. Die beiden anderen Konsortien waren dem Vernehmen nach lediglich zum Ausbau der Alt-Raffinerie in Leuna bereit; die Zeitzer Raffinerie wollten sie nicht übernehmen.

Die sich abzeichnende Gesamtprivatisierung der Mineralölindustrie, insbesondere aber auch strukturpolitische Gründe, machten die Präferenz der Treuhandanstalt für das deutsch-französische Konsortium verständlich: Eine nach dem neuesten Stand der Technik errichtete Anlage in Leuna würde als modernste Raffinerie Europas den sich abzeichnenden harten Verdrängungswettbewerb auf dem Erdölproduktenmarkt im Unterschied zu einer lediglich modernisierten Alt-Raffinerie sicher überleben und zugleich die Versorgung der Petrochemie in Leuna, Buna und Böhlen mit Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Bedingungen gewährleisten. Zudem bestätigte ein unabhängiges Gutachten von Prof. Forster (Treuarbeit), das die finanziellen Aspekte der verschiedenen Angebote geprüft habe – so ist zumindest einem Papier des Finanzministeriums vom Februar 1992 zu entnehmen – das TED-Angebot als das wirtschaftlich günstigste.

Das parteipolitisch übergreifend für die Sanierung und wirtschaftliche Perspektive der Chemieregion als wesentlich eingeschätzte Geschäft wurde am 23. Juli 1992 besiegelt und der „endgültige“ Vertrag unterzeichnet.²³

teilnahmen, forderten Gewerkschaftsvertreter den Verkauf von Leuna als Ganzem (vgl. Leuna-Echo Nr. 1, 10.1.1992). - Diese Priorität betonte auch der Betriebsratsvorsitzende der Leuna-Werke AG, Wolfgang Weise, vor dem zeitweiligen Ausschuß Chemieindustrie des Landtags von Sachsen-Anhalt am 9.1.1992 (vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt, 1. WP. Niederschrift über die Sitzung des zeitweiligen Ausschusses Chemieindustrie am 9. Januar 1992 in Magdeburg, S. 11 ff.).

22 Einen entsprechenden Vorstoß unternahmen die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten der CDU. Zur argumentativen Untermauerung dieses Vorstoßes siehe Manfred Kolbe (CDU-MdB), Sanierungsfall Treuhand. Plädoyer für eine vorübergehende Industriepolitik im Osten, Januar 1990 (Ms.).

23 Vgl. Treuhand Informationen Nr. 15, August 1992, S. 3.

Ein Vertragspartner fehlte bei der Zeremonie: die Deutsche SB-Kauf AG. Bei ihr handelte es sich, wie Sachkundigen in der Zwischenzeit aufgefallen war, um ein Tochterunternehmen der Asko und der Metro AG. Von der Öffentlichkeit bis dahin noch nicht registriert, fungierte kein geringerer als der Vorsitzende des Verwaltungsrats der THA, Dr. Jens Odewald, ausgerechnet in einem anderen Tochterunternehmen des Metro-Konzerns als Vorstandsvorsitzender, und zwar in der Kaufhaus Holding AG. Im Unterausschuß Treuhandanstalt des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages hatte diese Ämter- und Geschäftsverquickung im Januar fast zu einem Tumult geführt.²⁴ Stillschweigend hatte sich die Deutsche SB-Kauf bis zum 23. Juli aus dem Deal zurückgezogen, obwohl ihr „D“ weiterhin in der Kurzbezeichnung des TED-Konsortiums mitgeführt wurde.²⁵

Der „endgültige“ Vertrag folgte dem Vorvertrag insoweit, als sich das TED-Konsortium nach wie vor verpflichtete, auf einem von der Treuhandanstalt zur Verfügung gestellten Gelände eine neue Raffinerie mit 10 Millionen Tonnen Rohöldurchsatz zu errichten, die nicht nur Benzin und Heizöl, sondern auch die von der Chemie in der Region benötigten Vorprodukte herstellen sollte.²⁶ Daneben kaufte das TED-Konsortium die Leunaer Methanolsyntheseanlage einschließlich der Synthesegaserzeugung sowie der Tank- und Verladeanlagen. Thyssen und Elf erwarben auch wie vorgesehen die gewinnabwerfende Minol AG einschließlich ihres Tankstellennetzes und erhielten einen Pachtvertrag für 16 der 32 Minol-Autobahntankstellen zu Vorzugskonditionen.²⁷

Von einer „Privatisierung“ der Leuna-Raffinerie im eigentlichen Sinne konnte allerdings keine Rede mehr sein. Das Konsortium hatte vom Kauf der Alt-Raffinerien in Leuna und Zeitz Abstand genommen und statt dessen der

24 Vgl. dazu Deutscher Bundestag/12. Wahlperiode/Haushaltsausschuß, Unterausschuß Treuhandanstalt, Kurzprotokoll der 18. Sitzung des Unterausschusses Treuhandanstalt, 23.1.1992. - „Aus beruflichen und persönlichen Gründen“ legte Dr. Jens Odewald im April 1993 sein Amt als Vorsitzender des THA-Verwaltungsrates vorzeitig nieder.

25 Hätte die Deutsche SB-Kauf AG sich zwischen Februar und April nicht „aus nicht bekannten Gründen“, wie es später hieß, aus dem Erwerberkonsortium zurückgezogen, wäre es spätestens zum Eklat um Odewald gekommen, wenn bekannt geworden wäre, was Klaus Schucht am 25.9.1992 vor dem Unterausschuß Treuhandanstalt als „Fehler“ einräumen mußte. Er müsse darauf hinweisen, sagte Schucht, „daß bei den Vertragsverhandlungen ein Fehler unterlaufen sei. In dem Vertrag über die Autobahntankstellen sei vergessen worden, die 3%ige Umsatzabgabe für den Verkauf von Lebensmitteln und Getränken zu vereinbaren. Dieser Fehler sei nicht heilbar, so daß unabsichtlich dem TED-Konsortium ein weiterer Vorteil eingeräumt worden sei.“ Deutscher Bundestag, 12. WP., Haushaltsausschuß/Unterausschuß Treuhandanstalt, Kurzprotokoll der 28. Sitzung des Unterausschusses Treuhandanstalt am 25.9.1992, S. 38 ff.

26 Vgl. hierzu und zum folgenden: BMF, Privatisierung der Raffinerie Leuna, der Hydrierwerke Zeitz GmbH und der Minol Mineralölhandel AG, 27. Juli 1992 (Deutscher Bundestag, 12. WP., Haushaltsausschuß/Unterausschuß Treuhandanstalt, Drs. 215).

27 Die Vorzugskonditionen bestanden in einem 25jährigen Pachtvertrag und einer Abgabe von 1,5 Pfennig pro Liter. An den westdeutschen Autobahnen ist in der Regel eine Pacht-Laufzeit von einem Jahr üblich sowie Abgaben, die über drei Pfennig pro Liter liegen.

Treuhandanstalt abgehandelt, beide Raffinerien bis zur Inbetriebnahme der neuen im Jahr 1996 per Managementvertrag weiterbetreiben zu können; die Treuhandanstalt blieb Eigentümer und erklärte sich bereit, die anfallenden Verluste in Milliardenhöhe auszugleichen.

Daneben übernahm die THA nicht nur Verpflichtungen bezüglich der Altlastenbeseitigung, sondern gab überdies die Zusage, sich nach 1996 mit maximal 60 Mio. DM an den Abrißkosten der Altraffinerien zu beteiligen; außerdem gewährte sie für die Unsicherheit über die endgültige Regelung der Autobahn-Tankstellen – der Vorzugs-Pachtvertrag bedurfte der Genehmigung des Bundeskartellamtes – auch noch einen Risikoabschlag von 80 Mio. DM. Die Paraffinwerke Webau und der Schmierölhersteller Addinol in Lützkendorf, für die im Vorvertrag noch Erwerbsinteresse gezeigt worden war, waren nicht Vertragsgegenstand. Beide Standorte waren nun akut gefährdet, Zeit nach der absehbaren Stilllegung der dortigen Raffinerie ebenfalls. Die übergreifende Privatisierungslösung für die Mineralölindustrie war gescheitert.

Der Investitionsumfang wurde mit insgesamt sechs Mrd. DM, die Anzahl der gesicherten Arbeitsplätze mit 6.000 beziffert; unter Vertragsstrafe sollten jedoch Pressemeldungen zufolge nur eine Investitionssumme in Höhe von vier Mrd. DM sowie gut 4.000 Arbeitsplätze genommen worden sein²⁸. Obwohl der Kaufvertrag eine Reihe von Änderungen enthielt, die ausschließlich zu Lasten der Treuhandanstalt gingen, unterblieb offensichtlich eine Prüfung, ob das TE-Angebot immer noch das wirtschaftlich günstigste war. Daraus läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß der strukturpolitische Inhalt des Vertrags höher bewertet wurde als seine wirtschaftliche Seite.

Zu den für sie mit dem Leuna/Minol-Deal verbundenen Kosten machte die Treuhandanstalt keine Angaben. „Es ist ein positiver Kaufpreis“, hatte THA-Vorstandsmitglied Dr. Klaus Schucht nach der Unterzeichnung des Vorvertrages kundgetan – aber nicht verraten, für welchen der Vertragspartner.²⁹ In den folgenden Wochen sickerte in der Presse durch, daß dem Verkaufspreis von 470 Mio. DM für Minol und 250 Mio. DM für die Methanolanlage Kostenübernahmen der THA von insgesamt 2,9 Mrd. DM gegenüberstünden: 500 Mio. DM für Minol (Sozialplan, Altlastensanierung) und geschätzte 2,4 Mrd. DM für Leuna und Zeitz (Verlustrausgleich, Abrißkosten, Altlasten). Demnach nahmen die Treuhänder für den Vertrag mit TE ein Minus von mindestens 2,2 Mrd. DM in Kauf.³⁰

Die Vertragskonditionen des Leuna/Minol-Deals lösten einen Proteststurm vor allem bei den im Bieterverfahren unterlegenen Mineralölkonzernen aus. Dies

28 Vgl. dazu und zum folgenden Erdöl-Informationsdienst Nr. 43, 19.10.1992, dessen Informationen aus einer Vorlage für die Verwaltungsrats-Sitzung der Treuhandanstalt vom 18.9.1992 stammen.

29 Interview mit Dr. Klaus Schucht, in: Leuna-Echo Nr. 2, 17.1.1992, S. 1.

30 Vgl. Erdöl-Informationsdienst Nr. 43, 19.10.1992.

um so mehr, als die Landesregierung von Sachsen-Anhalt bereits zu erkennen gegeben hatte, daß die mit Elf konkurrierenden Konzerne keine Genehmigung für den Bau einer Mineralölprodukten-Pipeline von Hamburg nach Sachsen erhalten würden, mit der sie den ostdeutschen Markt bereits vor der Fertigstellung der neuen Raffinerie hätten erobern und die Leuna-Investitionen unwirtschaftlich machen können.³¹ Die Shell AG kritisierte ebenso wie die RWE-DEA AG, das TED-Konsortium werde einseitig bevorzugt, die übrigen Marktteilnehmer diskriminiert und der Wettbewerb beeinträchtigt.³²

Mit immer neuen Informationen aus den geheimen Vertragswerken, Interna aus vertraulichen Sitzungen und dem Schriftwechsel zwischen den beteiligten Behörden skandalisierte der „Erdöl-Informationsdienst“ den „Leuna-Deal“ als „die teuerste aller Lösungsmöglichkeiten“ zu Lasten der deutschen Steuerzahler.³³ Aus volkswirtschaftlicher Perspektive, warnte der Hamburger Unternehmensberater Helmut Diederichs zusammenfassend in einem Gutachten, das die Grundlage vieler Kritiken bildete, könnte sich der Verkauf als „die schlechteste aller Alternativen“ herausstellen: „Beschäftigungspolitisch wegen der nicht gesicherten Ansiedlung der Großchemie; finanzpolitisch, weil es für den Steuerzahler womöglich die teuerste Lösung ist, und wettbewerbspolitisch wegen der eklatanten Verstöße gegen marktwirtschaftliche Grundsätze.“³⁴

Dagegen vermochte die EG-Kommission eine marktbeherrschende Stellung von Elf im Tankstellenbereich nicht zu erkennen. Der Anteil von Elf am deutschen Markt insgesamt werde sich von zwei auf lediglich acht Prozent erhöhen; in den neuen Ländern werde er zwar vorübergehend bis zu 75 Prozent des Umsatzes erreichen, wegen des Vorstoßes starker Wettbewerber aber rasch erheblich

31 Das Projekt einer Produkten-Pipeline wurde von einem Konsortium europäischer Ölkonzerne (Deutsche Shell, Deutsche BP, Esso, DEA und Veba Oel) verfolgt (vgl. dazu Mitteldeutsche Zeitung, 17.9.1992). Die politisch-administrative Blockade der Hamburg-Sachsen-Pipeline zeigte jedoch schnell Wirkung: Im September 1992 stieg zuerst die Esso AG (Hamburg), dann auch die Deutsche BP AG aus dem Konsortium aus; im November legten die verbliebenen Partner (Deutsche Shell, DEA Mineralöl und Veba Oel) das Projekt schließlich auf Eis (vgl. Die Welt, 28.11.1992).

32 Vgl. Stellungnahme der Deutschen Shell AG zur Privatisierung der Raffinerie Leuna und der Minol AG, Hamburg, den 31.8.1992.

33 Vgl. Erdöl-Informationsdienst Nr. 35, 24. August 1992, und die folgenden Ausgaben. - Siehe auch: Handelsblatt, 10.9.1992 und 19.10.1992. - Die dort abgedruckten Informationen über einzelne Vertragsbestimmungen waren bis dahin zum Teil selbst parlamentarischen Kontrollgremien wie dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages von der Treuhandanstalt und dem Bundesfinanzministerium als zuständiger Fachaufsichtsbehörde vorenthalten worden. - Die THA äußerte sich auch weiterhin nicht zu den Einzelheiten der Vertragsbestimmungen. THA-Pressesprecher Wolf Schöde bestätigte jedoch die Seriosität der Quellen indirekt: „Es ist eine unglaubliche Unverschämtheit, vertrauliche Unterlagen preiszugeben. Das ist ein wirkliches Schurkenstück, wie hier durch Geheimnisverrat solche Informationen an die Öffentlichkeit gezerrt werden.“ Weil alle Genehmigungen inzwischen da seien, sei es „ein ordentliches Ergebnis, was wir erzielt haben“ (zit. nach: Erdöl-Informationsdienst Nr. 44, 26.10.1992).

34 Helmut Diederichs, Der Leuna/Minol-Verkauf und die Folgen. Ein schlechtes Beispiel für Industriepolitik, Hamburg, 29.8.1992 (Ms.).

zurückgehen, lautete in Brüssel die Begründung für die kartellrechtliche Genehmigung des TE-Vertrages, die bereits am 4. September 1992 vorlag.³⁵

Ungeachtet aller Kritik billigte auch der Verwaltungsrat der Treuhandanstalt am 18. September 1992 den Leuna/Minol-Vertrag – ohne das gesamte Vertragswerk zu kennen. Dem Gremium würden stets nur „finanzielle Eckwerte“ zur Verfügung gestellt, charakterisierte der Treuhand-Sprecher die gängige Kontrollpraxis des THA-Verwaltungsrates.³⁶

Am 16. Oktober erteilte der Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Verkehrsminister – vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes – seine Einwilligung – nach „sorgfältiger Prüfung“, wie Staatssekretär Joachim Grünewald (CDU) öffentlich verlautbaren ließ.³⁷ Demgegenüber hatte Ministerialdirektor Dr. John von Freyend nur drei Wochen zuvor im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages erläutert, daß das Bundesfinanzministerium mehrere Monate für eine genaue Prüfung des Vertrags benötigen würde. Um Zeit zu sparen, so hatte er angekündigt, werde sich das BMF darauf verlassen, daß die Mitarbeiter der Treuhandanstalt die „bestmögliche Regelung“ getroffen hätten, so daß man sich „auf Plausibilitätsprüfungen und die Prüfung der kritischen Punkte des Vertrages beschränken“ werde.³⁸

Das Bundeskartellamt hatte die Pachtbedingungen für die Minol-Autobahntankstellen im Oktober 1992 zunächst als „rechtswidrige Gesetzesumgehung“ scharf kritisiert³⁹, hielt dann aber dem politischen Druck aus Bonn nicht stand.⁴⁰ In Nachverhandlungen erzielten Kartellamt, Treuhandanstalt und Elf im Dezember den Kompromiß, Elf Aquitaine am Zuwachs der Autobahntankstellen in den

neuen Ländern nicht zu beteiligen und ab dem Jahr 2003 eine Anpassung der Vergabe von Autobahntankstellen in Westdeutschland auf die Gesamtzuteilungsquote von Elf vorzunehmen. Elf wurde zudem auf die Zahlung der üblichen Konzessionsabgaben für das Shop-Geschäft mit Lebensmitteln und Zeitschriften verpflichtet und damit der „Verhandlungsfehler“ der Treuhandanstalt korrigiert. Die daraus von Elf Aquitaine umgehend geltend gemachten Verluste kompensierte die THA durch weitere Zugeständnisse, darunter die Zusage, Elf bevorzugt Grundstücke für den Neubau von Tankstellen anzubieten.⁴¹

Doch Ruhe kehrte noch immer nicht ein, weil sich der Mittelstand der Mineralölwirtschaft auch mit dieser Lösung nach wie vor benachteiligt fühlte. Das Problem schwelte weiter – und ein neues trat hinzu. Durch eine Novellierung des Investitionszulagengesetzes im Dezember 1992 waren Investitionen in Handelsgeschäfte plötzlich nicht mehr förderungsfähig. Die Elf-Manager fühlten sich betrogen, weil sie bei der Übernahme des zwar gewinnabwerfenden, aber zugleich stark modernisierungsbedürftigen Minol-Tankstellennetzes davon ausgegangen waren, daß die auf über eine Milliarde DM veranschlagten Investitionen in der üblichen Weise gefördert würden. Erneut zeigte sich die Treuhandanstalt einsichtig und kam Elf in diesem Fall mit einer Senkung des Kaufpreises für Minol entgegen.⁴²

Am 1. Januar 1993 erfolgte die Ausgliederung der Raffinerie aus der Leuna-Werke AG als hundertprozentige Tochter der Treuhandanstalt (Leuna Raffineriegesellschaft mbH). Die Betriebsführung sollte zum 1. März an die Raffinerie Management GmbH – eine Tochter von Elf Aquitaine und Thyssen Handelsunion – übergehen, während die THA vereinbarungsgemäß die anfallenden hohen Verluste zu decken hatte.

Der Weg zum Neubau der Raffinerie aber war immer noch nicht frei. Nach der Niederlage der französischen Sozialisten bei den Parlamentswahlen im März 1993 wurde der bisherige Vorstandsvorsitzende der Elf Aquitaine, Loik Le Floch-Prigent, im August entlassen und mit Philippe Jaffré ein den Konservativen nahestehender Nachfolger berufen. Dessen wichtigste Aufgabe sollte es sein, den Staatskonzern zu privatisieren.⁴³ Um die Börsenakzeptanz zu erhöhen, verfolgte die neue Geschäftsleitung das Ziel, die Bilanz zu verbessern, indem sie den Anteil der Schulden am Eigenkapital senkte. Mit dem Ziel, die Investitionen um 20 Prozent zu kürzen, ließ sie in einem ersten Schritt alle wichtigen Projekte überprüfen; der Beginn der Baumaßnahmen für die neue Raffinerie in Leuna verzögerte sich.

41 Vgl. BT-Drs. 13/10900, S. 263; Erdöl-Informationsdienst Nr. 51, 14.12.1992; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.1992.

42 Vgl. BT-Drs. 13/10900, S. 263.

43 Vgl. Handelsblatt, 9.8.1993.

35 Vgl. dazu Mitteldeutsche Zeitung, 5.9.1992. - Gegen den Verkauf hatten die Deutsche Shell, Veba Oel und DEA in Brüssel Beschwerde geführt. Sie behielten sich auch nach dem Bescheid weitere Schritte vor (vgl. Handelsblatt, 10.9.1992). Die beihilferechtliche Genehmigung der EG-Kommission ließ bis Ende Juni 1993 auf sich warten. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, daß „die Privatisierung und die Übernahme von Verlusten bis zu 750 Millionen DM bis 1996 durch die THA sowie eine außerordentliche Investitionszulage des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von 400 Millionen DM“ angemessene Mittel seien, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Die staatlichen Beihilfen seien mit den Regeln des Gemeinsamen Marktes vereinbar (vgl. Mitteldeutsche Zeitung, 1.7.1993).

36 Hamburger Abendblatt, 20.10.1992.

37 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 20.10.1992; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.10.1992.

38 Vgl. Deutscher Bundestag, 12. WP., Haushaltsausschuß/Unterausschuß Treuhandanstalt, Kurzprotokoll der 28. Sitzung des Unterausschusses Treuhandanstalt am 25.9.1992, S. 38 ff. - Weil vereinbart worden war, die Raffinerie bis zum 30. Juni 1996 fertigzustellen, hatte Dr. Klaus Schucht im Unterausschuß Treuhandanstalt des Haushaltsausschusses am 25. September 1992 das BMF zuvor unter enormen Druck gesetzt. Es sei erforderlich, führte er vor den Parlamentariern aus, daß das TED-Konsortium bis zum 1. Oktober 1992 mit dem Bau bzw. mit den Vorbereitungen anfangen könne. Daraus folge, daß es „unabdingbar“ sei, „um Verzögerungen zu vermeiden, daß die Genehmigung des BMF bis zu diesem Datum vorliege, damit der Vertrag endgültig abgeschlossen werden könne.“

39 Vgl. Mitteldeutsche Zeitung, 13.10.1992.

40 Vgl. Handelsblatt, 21.12.1992.

Aus der Sicht von Elf hatten sich seit dem Vertragsabschluß im Juli nicht nur „mächtige Feinde“⁴⁴ gegen das Projekt gestellt und die deutsche Politik sich als unzuverlässig erwiesen; wegen der immer offener zutage tretenden Absatzkrise der europäischen Mineralölwirtschaft hatten die Bedenken gegen die Rentabilität des Projektes jetzt auch die Vorstandsetage des französischen Mineralölkonzerns erreicht.⁴⁵

Die Elf-Geschäftsführung traf die Entscheidung, ihr Risiko bei der Übernahme des ostdeutschen Standortes angesichts des verschärften Wettbewerbs zu minimieren und ihren Anteil an der Raffinerie von zwei Dritteln auf ein Drittel zu reduzieren.⁴⁶ Die Realisierung des Projekts wurde an die Bedingung geknüpft, weitere Partner zu gewinnen.⁴⁷ Wenn niemand einsteige, machte Philippe Jaffré klar, dann sei „das Projekt in jetziger Form hinfällig“.⁴⁸

Im Februar und März 1994 kam es zum vermutlich härtesten Vertragspoker bei der Privatisierung der ostdeutschen Industrie. Kein privater Investor interessierte sich bis dahin für eine Beteiligung. Elf forderte deshalb gegenüber der Treuhandanstalt unverhohlen eine Beteiligung des deutschen Staates als Gesellschafter; die Treuhandanstalt und die Bundesregierung lehnten ab, nicht zuletzt aus der Furcht, wie Schucht betonte, mit einem solchen Schritt „eine Welle von Zurückkäufen unter unseren Privatisierungen“ auszulösen.⁴⁹ Elf bereitete den „Totalausstieg“ vor⁵⁰; die Treuhandanstalt drohte im Gegenzug mit Vertragsstrafen in Höhe von 1,5 Mrd. DM, Schadensersatzforderungen und der Rückabwicklung des Minol-Geschäfts.⁵¹

Doch Treuhandanstalt und Bundesregierung hatten in diesem Spiel die schlechteren Karten. Die gesamte Privatisierungsstrategie für das Chemiegeschäft hing mittlerweile vom Neubau der Raffinerie ab. Der Kanzler und die Bundesregierung wiederum konnten – oder wollten – sich angesichts ihrer Zusagen, die Chemiestandorte zu erhalten, im Superwahljahr 1994 eine „böse Blamage in Leuna“ nicht leisten, wie sie in manchen Veröffentlichungen schon beschworen wurde.⁵²

Um das Gesamtprojekt zu retten, steuerte die Treuhandanstalt in enger Abstimmung mit Kanzleramt und Finanzministerium Ende März einen Kompromiß

44 Philipp Jaffré, zit. nach: Wirtschaftswoche Nr. 14, 1.4.1994.

45 Zur Krise der Raffineriebranche im ersten Halbjahr 1993 vgl. Handelsblatt, 4.5.1993; Welt am Sonntag Nr. 21, 23.5.1993; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.5.93; Welt, 16.6.1993; Handelsblatt, 12.7.1993; Der Spiegel Nr. 28, 12.7.1993.

46 Vgl. Handelsblatt, 28.9.1993.

47 Vgl. Mitteldeutsche Zeitung, 8.12.1993; siehe auch: Mitteldeutsche Zeitung, 14.1.1994.

48 Zit. nach Stuttgarter Zeitung, 15.1.1994.

49 Klaus Schucht, zit. nach: Frankfurter Rundschau, 9.3.1993.

50 Vgl. Mitteldeutsche Zeitung, 1.3.1994; Spiegel Nr. 9, 28.2.1994 und Nr. 10, 7.3.1994; Wirtschaftswoche Nr. 9, 4.3.1994, und Nr. 10, 11.3.1994.

51 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 28.2.1994; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.3.1994 und 9.3.1994; Mitteldeutsche Zeitung, 3.3.1994.

52 Vgl. Der Spiegel Nr.9, 28.2.1994, S. 119.

an, bei dem Elf seine wichtigsten Forderungen durchsetzte und der Bund eine – indirekte – Beteiligung akzeptieren mußte.⁵³ Die russische Firma Rosneft erklärte, von Elf einen 24-Prozent-Anteil übernehmen zu wollen, der über Rohöllieferungen finanziert werden sollte⁵⁴; die Buna GmbH, eine hundertprozentige Tochter der Treuhandanstalt, sollte den Thyssen-Anteil von 33 Prozent übernehmen und im Gegenzug dafür ein Drittel der Minol-Tankstellen erhalten. Die Jahreskapazität der Raffinerie wurde um eine Million Tonnen weniger auf neun Millionen projektiert und eine Investitionssumme von nunmehr gut vier Mrd. DM gesichert.

Um das Gesicht zu wahren und zu verschleiern, daß am Ende doch noch die THA und damit der Staat eingesprungen war, gab die THA gleichzeitig bekannt, daß ein Konsortium aus Thyssen Handelsunion und Gazprom angeblich Absichten hege, sich an dem Ausbau des Olefinkomplexes in Buna/Leuna/Böhlen „anteilmäßig zu beteiligen“. Damit sei „eine weitere Etappe der Umstrukturierung der Olefinchemie im Chemiedreieck erreicht, ließ die Treuhand euphorisch verbreiten.“⁵⁵ Bereits kurze Zeit später, als das Medieninteresse abgeflaut war, war davon keine Rede mehr.

Mindestens dreimal hatten Treuhandanstalt und Bundesregierung kräftig nachzahlen müssen, um die „strategische Schlüsselinvestition“ für das Chemiekonzept zu sichern. Am 25. Mai 1994 reisten Helmut Kohl und Philippe Jaffré zum ersten Spatenstich nach Leuna an; bis zur Grundsteinlegung sollte ein weiteres Jahr vergehen. Der Produktionsstart der neuen Raffinerie erfolgte schließlich mit gut einjähriger Verspätung am 1. November 1997. Bau und Inbetriebnahme der Raffinerie wurden von immer neuen Presseveröffentlichungen begleitet, in denen Elf Aquitaine vorgeworfen wurde, überhöhte Kosten abzurechnen und dadurch Subventionsbetrug zu begehen – ein Verdacht, der sich bis heute nicht verifizieren ließ.

Als mühseliger und langwieriger Prozeß – der wesentlich länger dauerte als erwartet – hatte sich auch die Privatisierung der chemischen Produktionsbereiche erwiesen – erst 1996 waren fast alle Geschäftsfelder zumeist an internationale Investoren (Rhone Poulenc, die belgische Domo Group, UCB, Atochem, DOW u.a.) verkauft bzw. übergeben. Die Leuna-Werke, in der Zwischenzeit in eine GmbH umgewandelt, stellten Mitte 1996 ihre operative Geschäftstätigkeit ein. Einzig an der Infracleuna GmbH, einer neugegründeten Standortgesellschaft, die Infrastrukturleistungen für die Ansiedler bereitstellt und die weitere Standortent-

53 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.3.1994; Mitteldeutsche Zeitung, 29.3.1994.

54 Rosneft, ein russisches Staatsunternehmen, ging aus dem einstigen UdSSR-Ministerium für Erdöl- und Erdgasindustrie hervor. Es verfügte über mehr als tausend Vorkommen von Erdöl und Erdgas in Rußland, insgesamt rund 60 Prozent der Landesvorräte. 1993 entfielen 64 Prozent der russischen Erdölförderung und 74 Prozent der Erdölverarbeitung auf Rosneft (vgl. Mitteldeutsche Zeitung, 26.3.1994).

55 THA-Pressemitteilung, 25.3.94.

wicklung betreiben soll, ist die THA-Nachfolgerin, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) noch – neben zwei Privatinvestoren – mit 49 Prozent beteiligt. Eine kostendeckende Arbeit ist der Infraleuna für ihre Dienstleistungen wegen mangelnder Kapazitätsauslastung und nicht wettbewerbsfähiger Energiekosten bis heute nicht gelungen; die laufenden Verluste müssen von der BvS getragen werden.

V. Das Privatisierungsergebnis

Rund 150 Betriebsteile, Produktions- und Dienstleistungsunternehmen wurden in Leuna seit 1991 privatisiert. Insgesamt wurden etwa 10.000 Arbeitsplätze erhalten, das sind knapp 40 Prozent der ursprünglich vorhandenen rd. 27.000 Arbeitsplätze. Die Summe aller Investitionen wird mit insgesamt mehr als neun Milliarden DM angegeben; die Ausgaben der Treuhandanstalt bzw. der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben saldieren sich auf rund 5,6 Mrd. DM (2,7 Mrd. Investitionen, Verlustausgleich, Ablösung von Altschulden; 1,6 Mrd. direkte Privatisierungskosten; 0,9 Mrd. Beräumungskosten; 0,4 Mrd. Sozialmaßnahmen). Danach wäre jeder erhaltene Arbeitsplatz in Leuna im Durchschnitt mit mindestens 560.000 DM aus Steuermitteln subventioniert worden.

Die Gesamtaufwendungen und Verpflichtungen, die THA und BvS bei der Restrukturierung der ostdeutschen Großchemie insgesamt eingegangen sind, weist die BvS mit 31,4 Mrd. DM aus. Das entspricht nach ihrer Berechnung einem Aufwand von rund 750.000 DM für jeden der 42.000 erhaltenen bzw. geschaffenen Arbeitsplätze (von 113.000 im Jahr 1990) an den 10 Standorten der Großchemie, die in dieser Statistik Berücksichtigung finden (Leuna, Schkopau, Bitterfeld, Wolfen, Piesteritz, Schwedt, Böhlen, Schwarzheide, Zeitz, Lützen-dorf).

Bemerkenswert insbesondere an dem enormen Personalabbau ist, daß er ohne größere soziale Unruhen vor sich ging. Die Erklärung liegt hauptsächlich darin, daß zum einen in den Jahren 1990 und 1991 Entlassungen in die Arbeitslosigkeit weitgehend vermieden wurden und es auch in der Folgezeit nicht zu spektakulären Massenentlassungen kam. Der Personalabbau erfolgte kontinuierlich und differenziert. Die Mehrheit der Ausscheidenden wurde unter Ausnutzung aller Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes durch Alters-Übergangsregelungen, Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen oder aber durch Übernahme bei Ausgliederungen oder Arbeitsplatzwechsel aufgefangen.

Die allein auf die sozialen Folgekosten, insbesondere auf die trotz aller Abfederungsmaßnahmen überdurchschnittlich sehr hohe Arbeitslosigkeit in der Region Halle-Merseburg-Bitterfeld verweisende Kritik vernachlässigt in der Regel die Ausgangssituation: unrentable, völlig überalterte Industrieanlagen, die unter gesundheitsschädigenden Arbeits- und Umweltbedingungen in Gang gehalten

wurden. Niemand kannte den katastrophalen Zustand der Werke besser als die Beschäftigten selbst. Unter dem Damoklesschwert der Stilllegung der Unternehmen waren Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaft von Beginn an auf politischen Flankenschutz bei der sozialen Absicherung der Beschäftigten angewiesen und verhielten sich deshalb kooperativ.

Die Chancen einer strategischen Alternative zu dieser Politik der Kooperation dürften nicht nur wegen der ohnehin schon hohen gesellschaftlichen Kosten der Restrukturierung der Chemieindustrie gering zu veranschlagen gewesen sein, sondern auch deshalb, weil mit der massiven Reduzierung der Belegschaften zugleich das mobilisierbare Druckpotential in den Betrieben ständig sank. Der einmal beschrittene Weg der Kooperation verstärkte somit für die Arbeitnehmerinteressenvertretungen den Zwang zur Fortsetzung der Kooperation. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen wären – zugespitzt formuliert – auf nichts anderes als eine Subventionierung der THA aus der Gewerkschaftskasse hinausgelaufen.

Das industriepolitische Projekt einer branchenwirtschaftlichen Gesamtstrukturierung, bei der die THA das ganze Spektrum der ihr gesetzlich und politisch eingeräumten Möglichkeiten umfassend ausschöpfte, um die sozialen und politischen Risiken der Umstrukturierung durch das temporäre Aussetzen von Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu begrenzen, war in dieser Größenordnung einzigartig. Die Verwirklichung dieses Projektes zur Herstellung wettbewerbsfähiger Strukturen einer modernisierten chemischen Industrie in den neuen Bundesländern konnte nur im Rahmen eines korporatistischen Politikverbundes aller relevanten Akteure unternommen werden, wie sie von der THA im Chemielenausschuß zusammengeführt wurden.

Eine realistische Alternative zum eingeschlagenen Kurs existierte nicht, wollte man nicht eine ganze Region der industriellen Verödung preisgeben oder aber Staatsholdings einrichten, deren Subventionsbedarf unberechenbar hoch gewesen wäre. Es bleiben als Vorwürfe die Intransparenz der Privatisierungs- und Vertragsverhandlungen und der Transaktionen insgesamt, die mangelhafte Kontrolle der Treuhandanstalt durch Regierung und Parlament, die mit den föderalistischen Prinzipien des Grundgesetzes kaum zu vereinbarende dominante Stellung der THA gegenüber den Ländern⁵⁶, die Intransparenz bilateraler Vereinbarungen innerhalb des korporatistischen Steuerungsverbundes für die Öffentlichkeit – und es bleibt der Verdacht von Schmiergeldzahlungen und Korruption.

Wo aber, an welchem Punkt, könnte in diesem Milliardenpiel überhaupt die Notwendigkeit gesehen worden sein, eine Politik zu schmieren, die doch ihrerseits umgekehrt fast alles tat, um einen kapitalistischen Konzern zu einer Inve-

⁵⁶ Vgl. dazu W. Seibel, Politische Lebenslügen als Self-Destroying Prophecies: Die Treuhandanstalt im Vereinigungsprozess, in: BISS public, Heft 28, 9. Jg., S. 49-81.

stitution zu veranlassen und deren Risiken zu mindern? Mehrere Beteiligte haben in diese Richtung argumentiert und damit versucht, den Tatbestand selbst ad absurdum zu führen: Kanzlerberater Johannes Ludewig, Kanzleramtsminister Friedrich Bohl – und auch Klaus Schucht, der im Vorstand der THA für Chemie zuständig war. Doch dann korrigierte er sich: „In einem vergleichsweise kleinen Zeitfenster zwischen der Leuna-Ausschreibung im Juli 1991 und unserer Vergabeentscheidung im Januar 1992“, so wurde Schucht in der „Berliner Zeitung“ im Dezember zitiert, habe es aufseiten von Elf Aquitaine eine „starke Motivation“ für eine Einflußnahme auf deutsche Entscheidungsträger gegeben. Der damalige Elf-Präsident Loik Le Floch-Prigent habe die Raffinerie in Leuna in diesen Monaten als „strategisches Sprungbrett“ für Elf auf den mittel- und osteuropäischen Mineralölmarkt betrachtet.⁵⁷

Die zentrale Frage, die der Untersuchungsausschuß des Bundestages zu klären hat, gälte demnach diesem „kleinen Zeitfenster“: Wurde Elf Aquitaine und Thyssen im Januar 1992 der Vorzug gegenüber dem BP-Konsortium ausschließlich wegen ihres besseren Angebotes, aufgrund ihrer „Lobbying-Arbeit“ oder etwa wegen eventueller „Schmiergeldzahlungen“ gegeben? Und weiter: Haben sich hier schlicht und einfach „Berater“ bereichert oder verstellen diese nur den Blick auf die wirklichen Empfänger im Hintergrund und verdunkeln damit die politische Verantwortung?

Der Vertragspoker von Elf Aquitaine spätestens seit 1993 scheint die aufgekommene Furcht des Konzerns vor der Unwirtschaftlichkeit der beabsichtigten Investition zu belegen. Die These fortgesetzter Schmiergeldzahlungen macht ab diesem Zeitpunkt wenig Sinn: Nur mit erheblichen Zugeständnissen gelang es der THA in der Folgezeit, den Rückzug von Elf zu verhindern. Es scheint somit möglich, daß sich Elf Aquitaine mit „Fazilitäten“ aufwendig in einen Deal einkaufte, den der Konzern bereits kurze Zeit darauf zu stornieren geneigt war – hätte er nur einen Weg gefunden, sich aus der Umarmung der THA zu lösen. Und die Ironie der Elf-Rückzugsgefechte ist: Entgegen der zwischenzeitlichen Befürchtungen scheint sich die Raffinerie schon heute zu rechnen.

Als Ergebnis der Restrukturierung der ostdeutschen chemischen Industrie, bei der der Leuna-Raffinerie eine Schlüsselrolle zufiel, wurde erreicht, daß eine Industrieregion teilmodernisiert wurde und erhalten blieb und nicht dem über Jahrzehnte programmierten Verfall zum Opfer fiel. Eine Kosten-Nutzen-Analyse dieser industriepolitischen Regulierung kann keinen der Beteiligten und keinen Beobachter euphorisch stimmen. Weil es einer außergewöhnlichen historischen Situation geschuldet war, in der – außer einer Gesamtstillegung – keine Alternative im Angebot war, besteht Hoffnung, daß dieses industriepolitische Lehrstück eine singuläre Erscheinung bleibt.

57 Berliner Zeitung, 16.12.1999.